

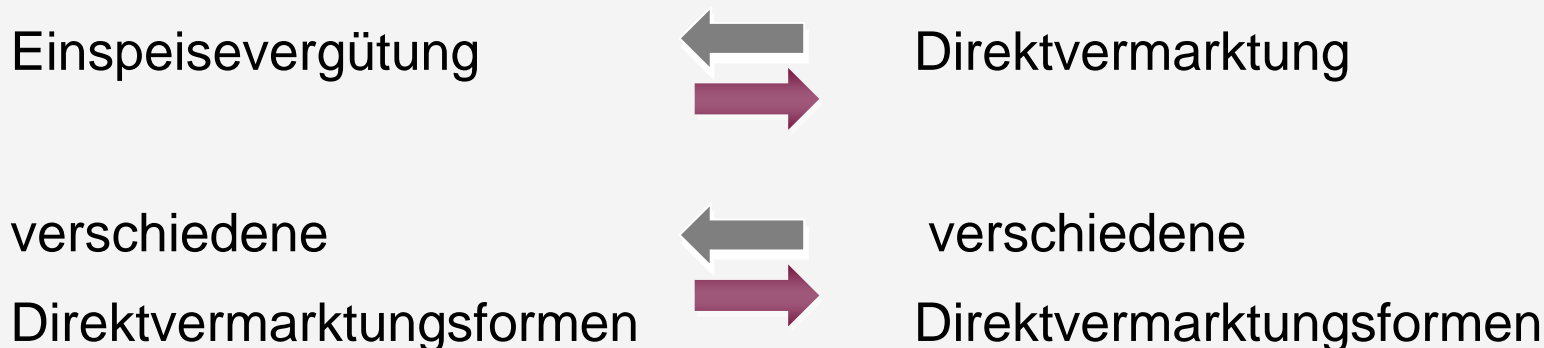
13. Fachgespräch der Clearingstelle EEG „Das EEG 2012 – Schwerpunkt Direktvermarktung“

Die Direktvermarktung aus Sicht der Netzbetreiber





Constanze Hartmann, LL.M. / BDEW

Berlin, 23. November 2012

Anforderungen nach § 33d EEG 2012



Anforderungen an Wechselmitteilungen:

- **Mitteilungsfrist:** Anzeige des Wechsels gegenüber Netzbetreiber vor Beginn des jeweils vorangegangenen Kalendermonats  § 33d Abs. 2 Satz 1 EEG 2012.
- **Wechseldatum:** Wechsel nach Schaubild (s.o.) nur zum 1. Kalendertag eines Monats möglich  § 33d Abs. 1 Nr. 1-2 EEG 2012.
- **Mitteilungsform:** Spätestens ab 1. Januar 2013: Informationen nach § 33d Abs. 2 EEG 2012 sind dem Netzbetreiber in bundesweit einheitlichen, massengeschäftstauglichen Verfahren und Format zu übermitteln  § 33d Abs. 4 EEG 2012.
- **Mitteilungsinhalt:** Bei Wechsel in die Direktvermarktung oder zwischen verschiedenen Formen der Direktvermarktung: Angabe der Form der Direktvermarktung und des gewünschten Bilanzkreises  § 33d Abs. 2 Satz 2 EEG 2012.

Rechtsfolgen bei Verstößen

§ 33d Abs. 5 EEG 2012:

„Die Rechtsfolgen von Verstößen von Anlagenbetreiberinnen und Anlagenbetreibern gegen Absatz 1 Nummer 1 und 2, Absatz 2 oder 4 richten sich nach § 33g Absatz 3 und § 39 Absatz 2. Für die Dauer der dort jeweils genannten Rechtsfolgen sind auch die jeweils anderen Ansprüche ausgeschlossen.“

Bsp.: Wechsel Einspeisevergütung – Direktvermarktung nach § 33b Nr. 1 EEG 2012

- **Verfristete Mitteilung?**
- **Untermonatliche Anmeldung?**
- **Unvollständige Anmeldung?**
- **Fristberechnung?**



Befindet sich der Anlagenbetreiber weiter im System der Einspeisevergütung oder in der Direktvermarktung?

§ 33d Abs. 3 Satz 1 EEG 2012:

„Die Netzbetreiber müssen unverzüglich, spätestens jedoch ab dem 1. Januar 2013, für den Wechsel von Anlagen im Sinne der Absätze 1 und 2 bundesweit einheitliche, massengeschäftstaugliche Verfahren einschließlich Verfahren für die vollständig automatisierte elektronische Übermittlung und Nutzung der Meldungsdaten zur Verfügung stellen, die den Vorgaben des Bundesdatenschutzgesetzes genügen.“

- Festlegungsverfahren der Bundesnetzagentur zu „Marktprozessen für Einspeisestellen (Strom)“, Beschluss vom 29. Oktober 2012, **BK6-12-153**
- Anlage 1: „Marktprozesse für Einspeisestellen (Strom)“, gilt ab 1. Oktober 2013.
- Anlage 2: Formular für Übergangszeit, gilt ab 19. November 2012 bis 30. September 2013.
- Anlage 3: Formular für die Rückzuordnung von EEG-Anlagen in die gesetzliche Förderung, gilt ab 1. Oktober 2013.

Zeitlicher Verlauf



	1. Januar 2012 bis 18. November 2012	19. November 2012 bis 30. September 2013	Ab 1. Oktober 2013
Form	Keine, Textform wird aber zu Dokumentations- zwecken angeraten	Formular gemäß Beschluss BK6-12-153, Anlage 2, § 33d Abs. 4 EEG	Festlegungen BNetzA verbindlich, § 33d Abs. 4 EEG
Verfristete Mitteilung	§ 33d Abs. 5 Satz 1 EEG 2012	Eingang des Formulars 1 Monat vor gewünschtem Termin, Rechtsfolge?	Anlagenbetreiber bleibt im System der Einspeisevergütung und erhält sie weiter
Untermonatliche Anmeldung	§ 33d Abs. 5 Satz 1 EEG 2012  § 33d Abs. 1 Satz 1 EEG 2012	Nur Monatswechsel, Rechtsfolge?	Anmeldung zur Direktvermarktung erst zum nächsten 1. des Kalendermonats
Unvollständige Angabe der relevanten Daten	§ 33d Abs. 5 Satz 1 EEG 2012	Fehleingaben möglichst vermeiden?	Ausschluss durch Eingabeformular? Bei Zuordnungslücke: Zuordnung zum Netzbetreiber- Bilanzkreis

Problem Rückwechsel

- Bsp.: Fehler beim Wechsel von der Einspeisevergütung in die Direktvermarktung nach § 33b Nr. 1 EEG 2012 (Marktprämie):

Rückwechsel in die Einspeisevergütung möglich?

➡ § 33d Abs. 5 Satz 2 EEG 2012

- Bsp.: Fehler beim Wechsel von der Direktvermarktung nach § 33b Nr. 1 EEG 2012 (Marktprämie) in die Einspeisevergütung:

Rückwechsel in die Direktvermarktung nach § 33b Nr. 1 EEG 2012 möglich?

➡ § 17 Abs. 3 EEG 2012: Reduzierung der Einspeisevergütung auf den tatsächlichen Monatsmittelwert des energieträgerspezifischen Marktwerts nach Nr. 1.1 der Anlage 4 EEG 2012

➡ § 33c Abs. 2 Nr. 1 lit. a) EEG 2012 fordert unverringerten Vergütungsanspruch

➡ § 33c Abs. 4 EEG 2012 iVm. § 33g Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 EEG 2012:
Verlust der Marktprämie

Problem: Anwendung von § 3 Abs. 3 Managementprämienverordnung (MaPrV)

Problem

- Technische Anforderungen nach § 3 Abs. 3 MaPrV sind (derzeit) noch nicht umsetzbar.
- Vergütungsrelevanz der Vorschrift? Entfällt die Managementprämie?
- MaPrV gilt für ab dem 1. Januar 2013 erzeugten Strom, Anmeldung zur Direktvermarktung ab dem 1. Januar 2013 bis zum 30. November 2012 erforderlich.

Lösung nach BDEW- Auslegungshilfe

1. Bei Einbaupflicht nach § 21c EnWG muss Fernsteuerungskommunikation über das Messsystem erfolgen, sobald Messsysteme im Sinne von § 21d EnWG **zur Verfügung stehen** und entsprechende Kommunikation möglich ist.
2. Solange entsprechende Messsysteme nicht verfügbar sind oder keine Einbaupflicht besteht, kann Fernsteuerungskommunikation über andere BSI-konforme Übertragungstechniken erfolgen.
3. Kein Entfallen der Managementprämie bei Verstoß gegen § 3 Abs. 3 MaPrV; kein Nachweis bei Endabrechnung gegenüber Netzbetreiber erforderlich.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

BDEW
Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V.
Reinhardtstraße 32
10117 Berlin

Telefon +49 30 / 300199-0
www.bdew.de